



Emanzipatorische Rückschritte

Kleine Fortschritte und große Rückschritte für Frauen. Das ist die Bilanz einer feministischen Analyse der gegenwärtigen EU-Politik. **Elisabeth Klatzer**, feministATTAC und Watch Group, Gender und öffentliche Finanzen, erklärt warum.

Immer wieder wird von Fortschritten gesprochen, die die Europäische Union für Frauen gebracht hat. Dabei wird auf die Bestimmungen im EG-Gründungsvertrag zur Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern verwiesen ebenso wie auf eine Reihe von Richtlinien, die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz zum Ziel haben. Die mit dem Amsterdamer Vertrag eingeführte Verpflichtung, die Gleichstellung der Ge-

schlechter in allen Politikbereichen (Gender Mainstreaming) zu fördern, wird ebenfalls gerne genannt.

Insgesamt eine „ansehnliche“ Bilanz, wenn frau es so sehen will. Das ist aber nur ein kleiner Ausschnitt der Realität. Betrachtet frau die Dynamik der Entwicklungen der EU insgesamt, so zeigt sich Anlass zur großer Besorgnis, ob Frauen- und Geschlechterpolitik, die diesen Namen verdient, in der EU derzeit möglich ist. Analysen der Gleich-

stellungs-, Sozial- und Vereinbarkeitspolitiken zeigen, dass seit den 1990er Jahren eine Verengung und noch stärkere Instrumentalisierung im „Dienste“ von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, den zentralen Zielen der EU, stattfindet, meint Jane Lewis.

Kontraproduktive Politik. Es ist aber auch wesentlich, den Blick über die unmittelbare Frauenpolitik zu erweitern. Die Finanzpolitik der EU, ebenso wie die

Deregulierungs- und Liberalisierungs- politiken, sind im Hinblick auf ihre gleichstellungspolitischen Effekte zu analysieren. Erst dann wird eine realistischere Bestandsaufnahme darüber möglich, was die EU bezüglich Gleichstellung und Emanzipation erreicht hat bzw. erreichen kann. Die Tendenzen in der Finanzpolitik sind eindeutig: In den letzten zwei Jahrzehnten kam es zu einem Entzug der Finanzpolitik aus dem demokratischen Raum. Mit den Maastrichtkriterien und dem Wachstums- und Stabilitätspakt wurde die Finanzpolitik an Regeln gebunden und weitgehend aus dem demokratischen Raum entzogen. Damit wurde eine einseitig an „Stabilität“ (d.h. im EU-Kontext niedrige Inflation und ausgeglichener Haushalt) ausgerichtete Politik einzementiert. Gesamtgesellschaftliche Stabilität, wie Gleichstellung, sozialer Zusammenhalt, Wohlstand für alle etc., sind mit dieser Art von Stabilität nicht gemeint. Die völlig dem demokratischen Raum entzogene Europäische Zentralbank ist „Hüterin“ dieser entleerten Politik. Gleichzeitig wurde ein enormes Liberalisierungsprojekt (Binnenmarkt) realisiert, das in der Dienstleistungs-Richtlinie einen neuen Höhepunkt erreicht.

Die nationalen Konsequenzen dieser Entwicklungen sind bekannt: Unter dem Mantra „Nulldefizit“ wird umfassender Sozialstaatsabbau und eine Umverteilung von unten nach oben betrieben. Jahrelange Kürzungen und Sparpakete, um dann zwei Milliarden Euro an Steuergeschenken an Großkonzerne zu verteilen (Gruppenbesteuerung). Dazu eine Arbeitsmarktpolitik, die auf Flexibilisierung und Prekarisierung beruht. Immer die gleichen Rezepte, Flexibilisierung, Kürzung von Arbeitslosenleistungen, Reduktion von Lohnnebenkosten etc., eine erwiesenermaßen erfolglose Politik, die dennoch mit großer Vehemenz weiterverfolgt wird. In Summe ein Desaster für Frauen. Das angestrebte Ziel, die Frauenbeschäftigung zu erhöhen, die de facto nur eine Umverteilung von Voll- auf Teilzeitarbeitsverhältnisse ist, dient im Wesentlichen dazu, die flexible „Reservearmee“ auszubauen. Das heißt, durch mehr Arbeitslose, flexible Arbeitskräfte etc. soll der Druck auf ArbeitnehmerInnen

verstärkt werden, Lohnkürzungen und schlechte Verträge zu schlucken. Das Modell des männlichen Alleinverdieners wurde als EineinhalbverdienerInnenmodell modifiziert und stabilisiert. Für Alleinerzieherinnen wird dies in Form eines HalbverdienerInnenmodells zur Armutsfalle.

Die Politiken zur Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, u.a. das Programm Equal, das Ende 2006 ausläuft und nicht eigenständig fortgesetzt wird, sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und zeigen aufgrund der vergleichsweise geringen Budgets wenig nachhaltige Wirkungen.

Bezüglich der Effektivität von Gleichstellungspolitiken in der EU ist die Lohnschere ein Indikator: Seit der Gründung der EG ist gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit festgeschrieben, es fehlt jedoch an Resultaten, Frauen- und Männerlöhne klaffen nach wie vor weit auseinander und die Schere öffnet sich zum Teil wieder weiter.

Die Ineffektivität der Frauen- und Geschlechterpolitiken steht in krassem Gegensatz zu großen „Erfolgen“ in anderen Politikfeldern wie z.B. dem Binnenmarktprojekt oder der Währungsunion.

Kein Erfolgsrezept. Gender Mainstreaming hat zwar in einigen Politikbereichen, wie z.B. Beschäftigungs- und Regionalpolitik einen – wenn auch nicht besonders ergebnisorientierten – Platz, fehlt aber in zentralen politischen Themenbereichen völlig. Insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Agrarpolitik, Verkehrspolitik und der Außen- und Sicherheitspolitik (mit Ausnahme der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit) wird die vertragliche Verpflichtung zu Gender Mainstreaming ignoriert. Die wichtigste Ratsformation, der ECOFIN, Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, hat sich praktisch noch nie mit Gleichstellungsfragen befasst. Gender Budgeting, ein international anerkanntes und weit verbreitetes Konzept zur geschlechtergerechten Budgetgestaltung, wurde zwar in einer Entscheidung des Europäischen Parlamentes und in einem Beratenden Gremium der Kommission empfohlen, wird aber von den Finanz- und WirtschaftsministerInnen ignoriert. Währenddessen stellt der ECOFIN weiter munter die Weichen

in Richtung Demontage wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Derzeit läuft unter der euphemistischen Bezeichnung „Qualität der öffentlichen Finanzen“ ein Prozess der weiteren Koordination der Finanzpolitiken, der darauf hinausläuft, dass sozialstaatliche Ausgaben diskreditiert werden sollen und zugunsten „zukunftsorientierter“ Investitionen (z.B. Infrastruktur) weiter reduziert werden sollen.

Neoliberales EU Konzept. Insgesamt zeigt sich eine Entwicklung in der EU, die von Entdemokratisierung, Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse (steigende Armutsfalle insbesondere für Frauen), Erstarren des Einflusses von Unternehmen auf die Politikgestaltung, Durchsetzung von Partikularinteressen (z.B. in der Agrarpolitik) gekennzeichnet ist. Das neoliberale Korsett soll auf EU Ebene in möglichst unumstößliche Regelungen gegossen werden, um sie unabhängig von etwaigen Regierungswechseln in einzelnen Staaten zu machen. Parallel dazu laufen konservative Diskurse, die traditionelle Rollenmuster von Frauen zusätzlich und auf dem ersten Blick in Widerspruch zu neoliberalen Rollenzuschreibungen, wie die flexible weibliche Ware Arbeitskraft, verstärken.

Die Europäische Kommission wird häufig als „Motor der Integration“ bezeichnet. Tatsache ist, dass die Europäische Kommission Motor und Promotor des Kapitalismus ist. Derzeit wird das besonders deutlich sichtbar durch die gegenwärtige durch und durch neoliberale Riege von KommissarInnen. Aber bereits in den letzten Jahrzehnten haben sogenannte sozialdemokratische Kommissionen den Marktliberalismus auf den Altar gehoben. Es gibt eine Reihe von „flankierenden“ Politiken, um dies zu verschleiern, der Lack bröckelt aber immer mehr ab. Kapitalinteressen werden immer unerschämter zum Credo der EU gemacht.

Die Europäische Kommission ist Exekutive und hat gleichzeitig das Monopol zur Vorlage legislativer Vorschläge. Damit kommt ihr eine ganz zentrale Rolle zu, zumal sie Legislativvorschläge zurückziehen kann. Und de facto unterliegt das Kommissionshandeln keiner effektiven demokratischen Kontrolle.

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 11

Lobbying als Ausweg? Das Demokratiedefizit der EU ist bekannt. Dagegen gibt es ausufernde Möglichkeiten des Lobbying.

Aus frauenpolitischer Perspektive wird des öfteren hervorgehoben, dass Frauen ja durch Lobbying-Aktionen Einfluss auf die EU-Politiken nehmen können. Mag dies im Einzelfall zutreffen, so erkennt diese Argumentation völlig die Realität innerhalb der Union. Zumal auch Lobbying Aktivitäten in letzter Zeit häufig Aktionen sind, um Schlimmeres zu verhindern (z.B. um die Rückschritte in gleichstellungspolitischer Hinsicht zu verhindern, die der erste Verfassungsentwurf vorsah). Frauen-Lobbying ist ein zartes Pflänzchen in einem großen Wald mit stark verwurzelten Bäumen, die alles andere überschatten. Die wichtigste Frauen-Lobby auf EU Ebene, die European Women's Lobby, wartet oft, bis sie gefragt wird und verwendet viele Energien auf öffentliche Aufforderungen zu Stellungnahmen. Zwar können offiziell alle Stellung nehmen, doch was davon welches Gewicht hat, bleibt offen. Obwohl diese Aktivitäten unbestritten auch nötig sind, funktioniert das Lobbying-Biz anders. Persönliche Kontakte zu KommissarInnen und SchlüsselbeamtInnen in der Kommission, die mit viel Aufwand und Ressourcen gepflegt werden, sind eine wichtige Eintrittskarte ins innere Reich der Macht. Effektives Lobbying agiert proaktiv, schon lange bevor Vorschläge der Kommission auf dem Tisch liegen, werden Themen von LobbyistInnen auf die Agenda gebracht und fertige Textelemente geliefert, die zum Teil direkt in den Kommissionstexten wiederzufinden sind. Exklusive Männerclubs, wie der einflussreiche European Roundtable of Industrialists, ein Zusammenschluß von ca. 45 Konzernbossen großer multinationaler Unternehmen, gestalten dabei „erfolgreich“ EU Politiken (z.B. Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit als Kernthema der EU). Nicht nur die Kommission, auch das Europäische Parlament wird mit zunehmender Bedeutung im Rechtssetzungsprozess wichtiges Ziel vieler Lobbying Aktivitäten. Interessant ist, wer aller Lobbying für Wirtschaftsinteressen betreibt. Derzeit beispielsweise sind eine Reihe von Diplomaten führender Wirtschaftsnationen, u.a. die USA und Australien eif-

rig unterwegs, um eine weitere Verwässerung von REACH (Chemikalien-Richtlinie) in zweiter Lesung im EP zu erreichen.

Auch nationale Regierungen sind als Ziel von Lobbying nicht zu unterschätzen. Im Zuge einer Präsidentschaft ergeben sich einige Möglichkeiten, Themen auf die Agenda zu setzen. Der Europäische Rat legt die Leitlinien der Politik fest, oft werden dabei allerdings Vorschläge der Kommission oder des Rates unverändert übernommen. Dennoch können neue Themen und Schwerpunkte hier Platz finden.

Die Möglichkeiten des Lobbying sind auch hier sehr ungleich verteilt. Während die Industriellenvereinigung einen direkten Draht zum Kanzler hat und Wünsche gleich ganz oben deponiert, ist zu bezweifeln, ob ein Gespräch mit Frauenorganisationen durchgestellt wird. Österreich glänzt im Gleichstellungsbereich durch große Auslassungen. Gender-Themen mussten von anderen „aufgezwungen“ werden. So ist der beim Frühjahrsgipfel 2006 verabschiedete Gender Pact auf Initiative von Schweden, Frankreich u.a. entstanden und wurde nur zögerlich in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates aufgenommen. Dies ist ein Beispiel dafür, dass bei entsprechendem Engagement und koordiniertem Lobbying nationaler Regierungen Themen über die nationalen Regierungen sehr wohl auf die Agenda gebracht werden können. Denn es sitzen zwar 25 rund um den Tisch, aber die Diskussionen laufen üblicherweise so ab, dass nur Schwerpunkte diskutiert werden, und „Sonderwünsche“ durchaus Verständnis finden können. Übrigens wäre es ein wichtiges Ziel für gegenwärtiges Frauenlobbying, dass dieser Gender Pact ebenso wie die im März 2006 vorgelegte Gender Equality Road Map der Kommission (ein ebenfalls abgeschwächter Ersatz für das bisherige Rahmenprogramm für Gleichstellung von Frauen und Männern) mit Leben erfüllt wird.

Demokratische Basis. Demokratie ist nicht nur eine Forderung an staatliche Institutionen, sondern eine Herausforderung für die Frauenbewegung selbst. Die Frage, wie demokratische Praxis unter den gegenwärtigen Bedingungen gehandhabt wird, ist eine dringende. In der Europäischen Women's Lobby hat der österreichische Frauenring die Rolle der nationalen Koordinierung in Österreich über-

nommen. Der Frauenring wurde erst aus Anlass des österreichischen EU-Beitritts reaktiviert und hat zuvor keine nennenswerte Rolle in der Frauenbewegung gespielt. Ursprünglich waren vor allem die Frauenorganisationen der politischen Parteien vertreten, nunmehr sind auch einige andere Frauenorganisationen und Frauen-NGOs im Frauenring vereint. Aber die Frage der Repräsentativität wäre dringend zu diskutieren. Und auch die Frage der Transparenz. Angeblich vertritt der Frauenring Österreichs Frauen. Aber: Wer weiß, wie inhaltliche Positionen zustande kommen; wer weiß, was in Brüssel im Namen österreichischer Frauen vertreten wird?

Ausblick. Insgesamt zeigt sich also, dass die Ansätze von Gleichstellungspolitik in der Union, sofern vorhanden, von den Hauptsträngen der EU-Politiken ignoriert und in der Wirkung konterkariert werden. Frauen- und Gleichstellungspolitik darf nicht auf frauen- und gleichstellungspolitische Institutionen beschränkt bleiben. Zweifelsohne besteht ein dringender Bedarf, Gleichstellungspolitik in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der EU zu integrieren. Frauen- und Geschlechterpolitik muss in den ECOFIN Rat und dessen vorbereitende Gremien hineingetragen werden. Einen konkreten Ansatz dazu könnte Gender Budgeting bieten. Allerdings ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Gefahr der Vereinnahmung groß. Das bisherige Mainstreaming hat gleichzeitig zu einer inhaltlichen Entleerung von Gleichstellungspolitiken geführt.

Kleine Schritte liegen im Sichtbaren. Das Benennen von Entwicklungen und Entlarven der täuschenden Rhetorik im Zusammenhang mit EU-Politiken. Die Veränderung der inhaltlichen Bedeutung von Begrifflichkeiten ist ein wesentliches Element der derzeitigen neoliberalen Dominanzstrategie.

Auf institutioneller Ebene wäre es wichtig, das Initiativmonopol der Kommission abzuschaffen und auch dem Parlament die Möglichkeit zu geben, legislative Texte auszuarbeiten.

Die grundlegende Herausforderung ist eine Umkehrung der gegenwärtigen, remaskulinisierenden kapitalistischen Dynamik in der Union. Hier stellt sich die berechtigte Frage, ob dies theoretisch und praktisch überhaupt möglich ist. ■